



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



EUROPÄISCHE KOMMISSION  
Generaldirektion Bildung und Kultur  
Jugend, Zivilgesellschaft, Kommunikation  
Jugend

Bericht der Bundesrepublik Deutschland  
an die Kommission der  
Europäischen Union  
**Partizipation  
der Jugendlichen 2005**

**Bericht**  
**Partizipation**  
**Jugend**

Bericht der Bundesrepublik Deutschland  
an die Kommission der  
Europäischen Union  
**Partizipation  
der Jugendlichen 2005**

## Inhalt

I.	Nationale Situation im Zeitpunkt der Annahme der gemeinsamen Zielsetzungen für die Priorität .....	4
II.	Durchgeführte Aktionen auf nationaler Ebene seit der Annahme der gemeinsamen Zielsetzungen unter Bezugnahme auf jede der drei Zielsetzungen .....	11
III.	Durchgeführte Aktionen zur Feststellung des bestehenden Wissens bezüglich der Partizipation und der Information und Ergreifung sämtlicher nützlicher Maßnahmen, um sie zu vervollständigen, zu aktualisieren und den Zugang dazu zu erleichtern .....	29
IV.	Modalitäten der Konsultierung Jugendlicher betreffend die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen und der Ausarbeitung des Berichts .....	35
V.	Schwierigkeiten in der Umsetzung der Zielsetzungen und Aktionslinien auf nationaler Ebene .....	37
VI.	Festgestellte und erwartete Auswirkungen .....	39
VII.	Hinweis darauf, welche Aktionslinien mehr bzw. weniger nützlich waren, welche schwieriger bzw. einfacher anzuwenden waren sowie Vorschläge, welche Aktionslinien hinzugefügt, weggelassen oder geändert werden sollten .....	40

# I.

## Nationale Situation im Zeitpunkt der Annahme der gemeinsamen Zielsetzungen für die Priorität

### **Gute rechtliche Voraussetzungen**

Die Beteiligung junger Menschen hat in der Bundesrepublik Deutschland eine längere Tradition und verfügt über eine solide rechtliche Basis. Die diesbezüglichen Normen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, des Familienrechts sowie die entsprechenden Vorgaben der von Deutschland mitgezeichneten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen stellen den Rahmen für mannigfache Partizipationsmöglichkeiten der jungen Generation zur Verfügung, den es noch stärker als bisher zu nutzen gilt. So garantiert die Kinderrechtskonvention in Artikel 12 dem Kind das Recht auf Äußerung der eigenen Meinung in allen es berührenden Angelegenheiten. Im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe ist unter anderem das Recht auf Beteiligung, Information und Beratung (§ 8), das Recht auf Beteiligung in der Trennungs- und Scheidungsberatung (§ 17), das Recht auf Beteiligung in der Hilfeplanung (§ 36), das heißt bei der Ausgestaltung der individuellen Familien ergänzenden oder ersetzenden Erziehungshilfen, sowie der Jugendhilfeausschuss (§ 71f) garantiert. Auch das Familienrecht nimmt die Partizipation von jungen Menschen ernst, so beispielsweise in Form des Rechts auf Umgang mit beiden Eltern und besonders nahe stehenden Personen (§1631 BGB).

Auch der neue EU-Verfassungsentwurf sah ausdrücklich das Recht auf Beteiligung junger Menschen vor. Auch wenn es voraussichtlich nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden nicht mehr zur Ratifizierung des Gesamt-Verfassungsentwurfs kommen sollte, wird dieser von allen Mitgliedstaaten anerkannte Grundsatz jedoch weiterhin ein Schwerpunktthema des europäischen jugendpolitischen Weißbuchprozesses und damit für die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene bleiben. Das EU-Jugendprogramm und der Europäische Pakt für die Jugend werden daher auch in Zukunft genutzt werden, um konkrete Maßnahmen zur Förderung der Jugendbeteiligung in allen EU-Politikfeldern, die junge Menschen betreffen, umzusetzen.

### **Breites Spektrum an Partizipationsangeboten**

Die „Beteiligungslandschaft“ in Deutschland ist ausgesprochen vielfältig. Von besonderer Relevanz für junge Menschen ist dabei die kommunale Ebene. Zum Spektrum gehören in den Städten, Landkreisen und Gemeinden repräsentative Partizipationsangebote wie Kinder- und Jugendparlamente, Schülerinnen- und Schülervvertretungen; offene Formen wie Stadtteilversammlungen, Sprechstunden und Gemeinderatssitzungen mit jungen Menschen, Jugendforen, aber auch projektbezogene Formen wie Zukunfts-

werkstätten, Workshops und aktivierende Befragungen in konkreten Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie örtliche Jugendringe und Jugendverbände. Unterstützt werden diese partizipativen Formen der Interessenvertretung durch Erwachsene, insbesondere Eltern, namentlich Kinder- und Jugendbeauftragte. Aber auch Kinderfreundlichkeitsprüfungen spielen eine Rolle. Insgesamt wird dem Grad der Entwicklung partizipativer Formen in der Diskussion um das Leitbild bürgerfreundliche bzw. kinderfreundliche Kommune ein hoher Stellenwert beigemessen.

Die klarste Form der politischen Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen. Für Bundestags- und Landtagswahlen liegt das Mindestalter für das aktive und passive Wahlrecht in den Bundesländern einheitlich bei 18 Jahren. Einzig in Hessen liegt das Mindestalter für das passive Wahlrecht bei Landtagswahlen bei 21 Jahren. Die Regelungen für Kommunalwahlen sind unterschiedlich. In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein können Jugendliche ab 16 Jahren wählen, für das passive Wahlrecht gilt jedoch weiter die Altersgrenze von 18 Jahren. In den übrigen Bundesländern kann erst ab 18 gewählt werden.

Die Bundesregierung betrachtet Partizipation und Mitentscheidung junger Menschen als tragende Elemente in Gesellschaft und Politik und als vorrangiges Instrument zur Förderung demokratischer Überzeugungen. Sie legt daher einen jugendpolitischen Schwerpunkt auf die Förderung von Beteiligung und sozialem Engagement. Partizipation soll für Jugendliche noch attraktiver werden als bisher.

### **Partizipation als Königsweg, politisches Interesse junger Menschen zu wecken**

Kennzeichen der demokratischen Kultur ist die Idee der aktiven Bürgerschaft. Die Möglichkeit und die Bereitschaft, sich informiert in die politische Willensbildung einzubringen, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen sowie öffentliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen, sind Gradmesser für die demokratische Qualität aller Gemeinwesen. Vor diesem Hintergrund stimmen aktuelle empirische Befunde nachdenklich, die eine zunehmende Entfremdung aller Bevölkerungsgruppen vom politischen System indizieren.

Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei jungen Menschen: Im Verlauf der letzten zehn Jahre ist das Interesse von Jugendlichen an politischen Fragen rapide gesunken (DJI-Jugendsurvey und Shell-Jugendstudie). Das nachlassende politische Interesse jüngerer Menschen drückt sich auch in einer sinkenden Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und Erstwähler aus. Bei den Landtagswahlen der zurückliegenden Jahre fiel die Wahlbeteiligung der Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren um ein Viertel niedriger aus als die der Gesamtbevölkerung.

Dem Bundestag als Kerninstitution der repräsentativen Demokratie in Deutschland bringen nur etwas weniger als die Hälfte der 18- bis 23-Jährigen Vertrauen entgegen. Die sich in diesen Fakten widerspiegelnde Entfremdung zum etablierten politischen System kontrastiert mit der durch verschiedene Befragungen belegten grundsätzlichen Bereitschaft junger Menschen, sich in gesellschaftliche Belange einzubringen.

Es gelingt offensichtlich nicht, Kinder und Jugendliche zu eigenständigem politischen Handeln zu motivieren. Zudem werden sie bei Planungs- und Entscheidungsprozessen, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen, immer noch zu selten berücksichtigt. Es mangelt häufig an Wissen um Beteiligungsrechte und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten. Die Jugendpolitik der Bundesregierung zielt daher darauf, noch bessere Voraussetzungen für Beteiligung und Engagement zu schaffen und die nötigen Informationen bereitzustellen.



Deutschland und Europa sind auch in Zukunft auf junge Menschen angewiesen, die sich für Politik interessieren und diese aktiv auf lokaler, regionaler, bundes- und europäischer Ebene mitgestalten wollen. Nur gemeinsam mit den jungen Menschen kann es gelingen, die gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ihre Anstrengungen nach Annahme der gemeinschaftlichen Zielsetzungen für Partizipation im Rat der Europäischen Union (Teil: Jugend) vom November 2003 fortgesetzt, um mit neuen Beteiligungsformen und -möglichkeiten dem Desinteresse großer Teile der jungen Generation am politischen Leben entgegen zu wirken und das Demokratieverständnis zu stärken. Es besteht ein enger Bezug zwischen den jugendpolitischen Zielen der Bundesregierung zu Partizipation und den auf Demokratie- und Toleranzerziehung ausgerichteten Initiativen. Die Bundesregierung stärkt unter anderem durch das umfangreiche Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ die demokratische Grundhaltung und das zivile Engagement Jugendlicher, fördert die Herausbildung von Toleranz und Weltoffenheit und wirkt Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus entgegen. Im Rahmen dieses Aktionsprogramms fand im November 2005 bereits die zweite Europäische Jugendkonferenz, „European Youth in Action for Diversity and Tolerance“, in Berlin statt. Die Bundesregierung hat auf europäischer Ebene den Europäischen Pakt für die Jugend mitinitiiert und sieht auch dessen Umsetzung als Beitrag zur Demokratie-Förderung auf europäischer wie auf nationaler Ebene.

## Demokratie braucht engagierte und interessierte junge Menschen

Die Förderung der politischen Beteiligung, insbesondere des sozialen Engagements und der Partizipation stellt einen jugendpolitischen Schwerpunkt der Bundesregierung dar. Die Bundesregierung unterstützt das bürgerschaftliche Engagement aller Alters- und Bevölkerungsgruppen.

Der Bund kann diese Aufgabe jedoch nicht alleine meistern, vielmehr ist er auf starke Partner angewiesen. In der Bundesrepublik Deutschland spielen die Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse bei der Ermöglichung von Partizipation und der Förderung politischer Reflexionsfähigkeit junger Menschen eine wichtige Rolle. Zum einen werden durch sie Anliegen und Interessen insbesondere verbandlich organisierter junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten. Zum anderen sind sie Lern- und Experimentierfelder für Partizipation und Mitentscheidung junger Menschen. Die von der Bundesregierung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderten Jugendverbände haben über Jahrzehnte hinweg einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur geleistet und werden auch in Zukunft als eine der tragenden zivilgesellschaftlichen Säulen benötigt.

Zukünftig ist es jedoch nötig, verstärkt auch gerade diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die nicht Mitglied in Jugendorganisationen, Jugendverbänden, Jugendorganisationen eines Vereins oder sonstigen Organisationen sind. Dies trifft nach einer Untersuchung des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) aus dem Jahre 2002 auf immerhin fast zwei Drittel der jungen Bevölkerung zu. Demnach sind lediglich 36% aller jungen Menschen deutscher Nationalität in oben genannter Weise „organisiert“ ([www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=16338.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=16338.html)). Nach wie vor sind die Mädchen und jungen Frauen weniger „organisiert“ als die Jungen und jungen Männer. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts, der in den Jahren 1992, 1997 und 2003 den Organisationsgrad der 16- bis 29-jährigen Deutschen erfasst, konstatiert zwischen 1992 und 2003 eine relative Stabilität in der Mitgliedschaftsquote – wenn man die Mitgliedschaft in mindestens einem Verein, Verband oder in einer Organisation zugrunde legt –, wobei allerdings auch der geringere Organisationsgrad der Mädchen und jungen Frauen konstant bleibt: 2003 sind 50 % der weiblichen Befragten Mitglied in mindestens einer Organisation, jedoch 64% der männlichen Befragten ([www.dji.de/jugendsurvey](http://www.dji.de/jugendsurvey)).

Hier setzt die bundesweite Initiative „Projekt P – misch dich ein“ an, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring, ins Leben gerufen hat. „P“ steht für Politik und Partizipation. Kinder und Jugendliche, Mädchen und Jungen wollen ernst genommen werden. Sie wollen die Erfahrung machen, dass es auch für junge Menschen möglich ist, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen und sie wollen und müssen lernen, Verantwortung zu übernehmen. Erwachsenen in Entscheidungspositionen fehlt häufig der Mut, Macht und Verantwortung an junge Menschen abzugeben und sie auf gleicher Augenhöhe an Entscheidungen zu beteiligen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden im Rahmen von „Projekt P“ motiviert, sich politisch zu engagieren und neue Formen der Beteiligung zu entwickeln und zu erproben ([www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de)). In Kapitel II wird noch näher darauf eingegangen.

Politische Partizipation bedarf Angebote der politischen Bildung. Der Bund fördert daher im Rahmen seines Kinder- und Jugendplans etwa 40 bundeszentral arbeitende Fachorganisationen der politischen Jugendbildung mit insgesamt 11,75 Mio. € (2004).

Die Bundesregierung hat darüber hinaus seit dem Jahr 2000 im Rahmen der Neuausrichtung der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung den Schwerpunkt der Bildungsarbeit für die junge Generation verstärkt. Die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird heute neben dem Bereich der schulischen politischen Bildung, in dem sie im Wesentlichen nur indirekt über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angesprochen wird, auch in stärkerem Maße direkt durch spezifische außerschulische, non-formale und informelle Bildungsangebote für junge Menschen erreicht. Auch im Bereich der Trägerförderung wird seit der Neuausrichtung eine verstärkte Ansprache der jungen Generation betrieben. Grundlage dafür ist eine Änderung der Förderrichtlinien, die seit 1998 die Altersgrenze für förderungswürdige Veranstaltungen der Erwachsenenbildung auf 16 Jahre herabsetzt.



Ferner hat die Bundesregierung mit dem in 2001 gestarteten Modellprojekt Service-stelle Jugendbeteiligung (SJB) ([www.jugendbeteiligung.info](http://www.jugendbeteiligung.info)) einen weiteren Weg für Jugendbeteiligung geebnet, der sich am Lebensumfeld Jugendlicher orientiert und auf allen föderalen Ebenen stattfindet. Dafür wurde innerhalb des dreijährigen Projektzeitraums ein tragfähiges Netzwerk zur Initiierung, Sicherung und Weiterentwicklung von Jugendbeteiligung durch Jugendliche aufgebaut, das auch nach der Modellförderung weiter besteht. Mittlerweile gibt es ein fast 1000 Personen umfassendes starkes Infoscout-Netzwerk und 32 regionale Servicestellen. Außerdem konnte die Idee eines Selbsthilfetopfs realisiert werden, der es erlaubt, Jugendliche bei der Umsetzung von Projekten finanziell zu unterstützen.

Hinzuweisen ist schließlich auch darauf, dass der in allen Bundesländern angebotene Politikunterricht an den Schulen einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung der Entwicklung von Partizipationskompetenz darstellt. Generell sind Schulen zentrale Lern- und Lebensorte junger Menschen, die ihnen auch einen Rahmen zur Mitbestimmung und Partizipation bieten.

### **Partizipation und Freiwilligenaktivitäten**

Partizipation wird unter anderem auch im Kontext bürgerschaftlichen Engagements gelernt. Bürgerschaftliches, freiwilliges Engagement trägt dazu bei, demokratisches Verhalten zu lernen – auch dann, wenn es im vermeintlich unpolitischen Raum gemeinsamer Freizeitgestaltung oder unmittelbarer sozialer Hilfeleistungen stattfindet. Gerade für junge Menschen haben auch mittelbare politische Lernprozesse eine besondere Bedeutung, da sie Erfahrungen aufbauen, die gesellschaftliches Mitgestalten möglich machen und das Handeln im unmittelbaren politischen Feld vorbereiten und erleichtern. Mitgestaltung und Eigenverantwortung im Alltag des Engagements lassen sich unter dem Gesichtspunkt einer aktiven Staatsbürgerschaft nicht von politischer Partizipation trennen. Viele Formen freiwilliger Tätigkeiten ermöglichen zudem eine unmittelbare Partizipation an der Entwicklung des Lebens- und Wohnumfeldes.

Eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements stellen Freiwilligendienste dar. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) einschließlich des FSJ in der Kultur, im Sport und in der Denkmalpflege, das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sowie der Europäische Freiwilligendienst (EFD) sind speziell für junge Menschen konzipierte Freiwilligendienste, die den Erwerb demokratischer Kompetenzen und das Lernen von Partizipation ermöglichen. Die beiden Freiwilligendienste FSJ und FÖJ werden vom Bund mitgefördert. Der EFD wird im Wesentlichen aus EU-Mitteln im Rahmen des EU-Jugendprogramms (Aktion 2) finanziert. Die Bundesregierung (BMFSFJ) stellt allerdings aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes die Infrastruktur der Deutschen Nationalagentur JUGEND sicher, die den Europäischen Freiwilligendienst organisiert und fachlich begleitet und sichert im EU-Interesse die Fachaufsicht über die Deutsche Nationalagentur.

Zur Stärkung des staatsbürgerlichen Engagements junger Menschen mit Migrationshintergrund erprobt die Bundesregierung im Rahmen des Modellprogramms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ an zehn Standorten im Bundesgebiet die Einbeziehung junger Freiwilliger in die Arbeit der Jugendmigrationsdienste. Die jungen Menschen sollen durch fachkundige Anleitung und Qualifizierung dahin geführt werden, die selbst erfahrene Hilfestellung im Rahmen ihres Integrationsprozesses an die nachfolgende Zuwanderergeneration weiterzugeben.

Da die Bundesregierung im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zu einem späteren Zeitpunkt noch gesondert über Stand und Fortschritte im Politikbereich „Freiwilligenaktivitäten“ berichten wird, wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen zu diesem Themenfeld verzichtet.



### **Fachliche Begleitung des Umsetzungsprozesses durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und eine „Task-Force zur europäischen Jugendpolitik“**

Mit Hilfe der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichteten „Task-Force zur europäischen Jugendpolitik“ steht die Bundesregierung im andauernden Dialog mit europapolitischen Expertinnen und Experten der unterschiedlichen föderalen Ebenen der Politik, der Dach- und Fachverbände der Jugendhilfe und Jugendarbeit, der Jugendforschung. In den 24 Sitzungen dieses Beratungsgremiums stand das Thema „Offene Methode der Koordinierung – OMK“ im Jugendbereich regelmäßig auf der Tagesordnung. Ziel dieses Erfahrungs- und Informationsaustauschs auf der Fachebene ist es, die optimale Transparenz in Bezug auf den jeweils aktuellen Stand der nationalen Umsetzung der im Rat der EU (Teil: Jugend) beschlossenen Weißbuch-Zielsetzungen und auch die Transmission auf die jeweils zuständigen Fachebenen zu erleichtern. Zu allen vier vorrangigen Handlungsfeldern des Weißbuchprozesses: „Partizipation“, „Information“, „Freiwilligenaktivitäten“ und „Mehr Wissen über die Jugend“ sowie zu den weiteren jugendpolitischen Themen wurden hier die verschiedenen Ideen für denkbare Umsetzungsstrategien diskutiert, bewertet, zum Teil durch konkrete Empfehlungen der Task-Force angeregt und durch Bund, Länder oder auch Jugendverbände selbst umgesetzt. In diesem Prozess konnte auch die diesbezügliche Kommunikation mit den jungen Menschen durch Einbeziehung der verschiedenen Fach- und Handlungsebenen verbessert werden.

## II.

### Durchgeführte Aktionen auf nationaler Ebene seit der Annahme der gemeinsamen Zielsetzungen unter Bezugnahme auf jede der drei Zielsetzungen

Die Bundesregierung setzt darauf, soziales Engagement und Partizipation für Jugendliche attraktiv zu machen. Kinder und Jugendliche in politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einzubeziehen, ist für die Zukunftsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens unverzichtbar. Bei vielen jungen Menschen sind die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung jedoch nicht gegeben, sie haben kein Vertrauen in die politisch Handelnden, das politische Interesse ist gering und es fehlt das Wissen um Rechte und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten. Diese Lücken sollen aufgearbeitet werden und junge Menschen sollen für die Kernwerte einer demokratischen Gesellschaft neu gewonnen werden. Es geht darum, verbindliche Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche auf allen politischen Ebenen zu schaffen, soweit sie noch nicht vorhanden sind.

„Partizipation“ in der Bundesrepublik Deutschland ist Teil einer nachhaltigen Politik für junge Menschen. Daher fanden im Berichtszeitraum seit Ende 2003 zahlreiche Aktivitäten auf allen föderalen Ebenen statt, die darauf zielen, die Rahmenbedingungen für Partizipation zu verbessern. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Priorität „Partizipation“ im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich den diesbezüglichen Initiativen und Aktivitäten auf nationaler Ebene – die zum großen Teil keine expliziten Umsetzungsmaßnahmen der Zielsetzungen der Entschließung des Europäischen Rats vom 25. November 2003 darstellen – zusätzliche Schubkraft verliehen hat.

Nachfolgend wird eine Auswahl an Programmen, Projekten, Maßnahmen und Initiativen vorgestellt, die die Stärkung der Partizipation von Jugendlichen verfolgen. Hierzu ist vorab anzumerken, dass diese Aktionen häufig mehrere der beschlossenen Teilziele (Stärkung staatsbürgerlichen Engagements, Einbeziehung in die repräsentative Demokratie, Unterstützung der Partizipationskompetenz) und deren Aktionslinien abdecken.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Es erwies sich für diesen Bericht als unpraktikabel, die Antworten den einzelnen Aktionslinien zuzuordnen.

## **Zielsetzung 1) verstärktes staatsbürgerliches Engagement der Jugendlichen in ihrer Gemeinschaft**

Die bundesweite Initiative „Projekt P – misch dich ein“ will Kindern und Jugendlichen Lust auf Politik machen und sie motivieren, ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen. Demokratie lebt von Beteiligung. Doch fehlt vielen jungen Menschen auf der einen Seite die Erfahrung und das Wissen, wie man sich erfolgreich beteiligen kann. Auf der anderen Seite mangelt es in der professionellen Politik an guten Beispielen, wie eine stärkere Beteiligung Jugendlicher erreicht werden kann.

Beidem wirkt „Projekt P – misch dich ein“ (P steht für Politik und Partizipation) entgegen. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Ende 2004 die Initiative „Projekt P – misch dich ein“ gestartet.

Die Initiative will der wachsenden Politikverdrossenheit von Jugendlichen begegnen, Kinder und Jugendliche für politische Themen interessieren und sie dabei unterstützen, sich für ihre Interessen zu engagieren. Angesprochen werden Kinder und Jugendliche im ganzen Bundesgebiet zwischen 12 und 21 Jahren. Die Initiative fordert aber auch Politikerinnen und Politiker dazu auf, sich jugendlicher Partizipation gegenüber zu öffnen. Junge Menschen und Erwachsene in politischen Entscheidungspositionen sollen mobilisiert werden, bestehende Beteiligungsformen zu stärken und neue Formen der Beteiligung zu entwickeln und zu erproben. Projekt P setzt auf einen intensiven Dialog zwischen Jugend und Politik. Zentrale Kommunikationsplattform von Projekt P ist die Website **www.projekt-p.de**, über die seit Herbst 2004 eine Jugendredaktion über konkretes Engagement informiert.

Anknüpfungspunkt für die Aktivitäten von Projekt P ist der Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes<sup>2</sup> Deutschland 2005–2010 (NAP)“. Der NAP wurde unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung und Einbindung junger Menschen erstellt. Mit seiner Vorlage hat die Bundesregierung eine Verpflichtung gegenüber den Vereinten Nationen eingelöst, konkrete und zeitlich terminierte Maßnahmen zur Umsetzung der Kinderrechte in zentralen Handlungsfeldern zu benennen (**www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=31372.html**).

Die Beteiligungsprojekte der Initiative wurden unter den thematischen Schwerpunkten des NAP „Chancengleichheit durch Bildung“, „Aufwachsen ohne Gewalt“, „Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen“, „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“, „Entwicklung eines angemessenen Lebensstandards für alle Kinder“ und „Internationale Verpflichtungen“ durchgeführt.

---

<sup>2</sup> Unter Kindern werden laut VN-Definition junge Menschen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr verstanden.



Nachdem Kinder und Jugendliche bereits beim Erstellungsprozess des NAP ihre Vorstellungen im Rahmen von mehreren Kinder- und Jugendkonferenzen einbringen konnten, werden junge Menschen nun auch beim Umsetzungsprozess beteiligt. Im Rahmen des Projekts „Regionalisierung des NAP-Prozesses“ haben Jugendliche aus ganz Deutschland die Möglichkeit, von August 2005 bis Mitte Januar 2006 bei der Umsetzung des „Nationalen Aktionsplans: Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“ (NAP) eine wichtige Rolle zu übernehmen. Zum einen geht es um die Regionalisierung des NAP: Jugendliche sollen die konkrete Umsetzung des NAP in ihrem Umfeld vorantreiben. Zum anderen geht es um die Weiterentwicklung des NAP: Jugendliche haben die Chance, den NAP um neue Ideen anzureichern. Auf [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de) wird dieser Prozess online begleitet. Die Ergebnisse werden in einem Report zur Weiterentwicklung des NAP zusammengefasst. Der Report wird Vorschläge an die Politik für konkrete Maßnahmen enthalten, mit denen mehr Kinderfreundlichkeit erreicht werden soll. Im zweiten Teil werden die Projektbeispiele aus der Regionalisierung aufbereitet, die zeigen, was es schon konkret für die Umsetzung gibt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird den Report im Frühjahr 2006 dem Bundeskabinett als Anregung und wichtiges Feedback seitens der Jugendlichen in Deutschland vorlegen.

Projekt P wird von einer Medienoffensive begleitet, inhaltliche Schwerpunkte der Initiative sind: „Come in Contract – Verhandeln auf gleicher Augenhöhe“, „Wettbewerbe“, „Qualifizierungsseminare und Informationsmaterialien für Entscheiderinnen und Entscheider“, „Berlin 05 – Festival für junge Politik“ sowie die Unterstützung weiterer Projekte.

#### **a) „Come in Contract – Verhandeln auf gleicher Augenhöhe“**

Unter diesem Motto wurden die fast sechs Millionen Kinder und Jugendlichen der 45 Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendrings angesprochen, mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern ihrer jeweiligen Region eine „beidseitige

Vereinbarung“ über gemeinsame lokale und regionale Projekte abzuschließen. Die Jugendlichen nehmen sich eines Projektes an, das ihnen am Herzen liegt. Das kann zum Beispiel ein neuer Jugendraum, eine Veranstaltung oder eine Aktion gegen Ausländerfeindlichkeit sein. Um ihr Projekt umsetzen zu können, suchen sich die Jugendlichen Unterstützung bei lokalen Politikerinnen und Politikern sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern und schließen mit ihnen einen Vertrag. Darin verpflichten sich beide Partner zur Umsetzung der Projekte.

Die Vereinbarungen sind lebensweltbezogen und wirksam für einen größeren Personenkreis als den der initiierten Gruppe. Sie können in einem überschaubaren Rahmen und Zeitplan durchgeführt werden und haben reale Aussicht auf Erfolg. „Come in Contract“ wurde mit großem Interesse seitens der Jugendlichen und der Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter aufgenommen. Für eine erfolgreiche Durchführung war die Anbindung an die Strukturen der Jugendarbeit und Verbandsarbeit wichtige Grundlage. Viele sehr kreative Projekte mit ungewöhnlichen Ansätzen zur Beteiligung an bzw. Veränderung von Politik sind entstanden und auch angestoßen worden. Eine Übersicht findet sich wiederum unter [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de).

### **b) Wettbewerbe**

Im Rahmen von Projekt P werden Wettbewerbe ausgelobt, bei denen besondere Projekte und künstlerische Leistungen ausgezeichnet werden, so z. B. [bite 05], ein Foto- und Schreibwettbewerb für Jugendliche, den ebenfalls der Deutsche Bundesjugendring ausgerichtet hat. Der Name ‚bite‘ steht für Bild und Text. Neben einem ansprechenden und auffordernden Faltblatt wurde ein Konzept entwickelt, welches einen stark partizipativen Charakter hatte. Nach dem Vorbild der Playing Arts sollte jede und jeder Teilnehmende auch gleichzeitig Jury sein und die Jugendlichen können und müssen sich selbst bewerten. Das Thema lautete „Visionen einer jugendgerechten Welt“. Die Erstplatzierten der Finalrunde waren Gäste des Bundeskanzlers. Die ideellen Preise, wie z. B. ein Zusammentreffen mit hochrangigen Politikern, wie dem Bundesaußenminister und dem Bundesinnenminister, motivierten viele Jugendliche zum Mitmachen.

Beim politisch-kreativen Schülerwettbewerb „Land der Ideen“ von „Berlinpolis“ werden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gezielt angesprochen. Ein Sonderpreis für den besten Beitrag dieser Gruppe wird ausgelobt.

### **c) Qualifizierungsseminare und Informationsmaterialien für Entscheiderinnen und Entscheider**

Die Bundeszentrale für politische Bildung erprobt und etabliert seit Jahren neue Methoden der überparteilichen Heranführung von Kindern und Jugendlichen an politische Themen. Sie gewährleistet insbesondere über ihre vielfältigen Zugänge zu Schulen, dass auch nicht verbandlich organisierte Jugendliche erreicht werden. Sie bietet Jugendlichen vielfältige Qualifizierungsseminare an, wie Trainings zu Moderations-, Verhandlungs- und Präsentationstechniken, Projektmanagement und Rhetorik. Mit Lernangeboten wie diesen macht sie Jugendliche fit, für ihre eigenen Belange und Interessen erfolgreich einzutreten. Doch auch die Erwachsenen werden angesprochen:

Leitfäden für Abgeordnete zum Dialog mit Jugendlichen zeigen erfolgreiche Kommunikationstechniken im Umgang mit jungen Menschen. Themenblätter für den Unterricht unterstützen Lehrerinnen und Lehrer beim täglichen Unterricht und sensibilisieren sie für das Thema „Jugendbeteiligung in der Demokratie“. Mit vielfältigen Print- und Online-Angeboten animiert sie die Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen von Projekt P, sich gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern das Thema Jugendbeteiligung im Unterricht zu erarbeiten.

#### **d) „Berlin 05 – Festival für junge Politik“**

Als ein Höhepunkt der Initiative Projekt P fand vom 10.–12. Juni 2005 in Berlin das Festival Berlin 05 statt. Mit mehr als 11 000 Jugendlichen, die von Freitag bis Sonntag an über 300 Veranstaltungen teilnahmen, war es ein großer Erfolg und eine gute Erfahrung in der Direktansprache von Jugendlichen. Die Veranstaltung stellte sich vor allem als Plattform für die im Rahmen des Gesamtprojekts geförderten Maßnahmen und die dabei eingebundenen Partner und Organisationen der politischen Jugendbildung dar. Berlin 05 hat die gesamte Breite des bereits stattfindenden jugendlichen Engagements veranschaulicht und bisher Nichtbeteiligten die vielgestaltigen und spannenden Möglichkeiten, sich in politische und gesellschaftliche Prozesse einzubringen, vor Augen geführt.

#### **e) Unterstützung weiterer Projekte:**

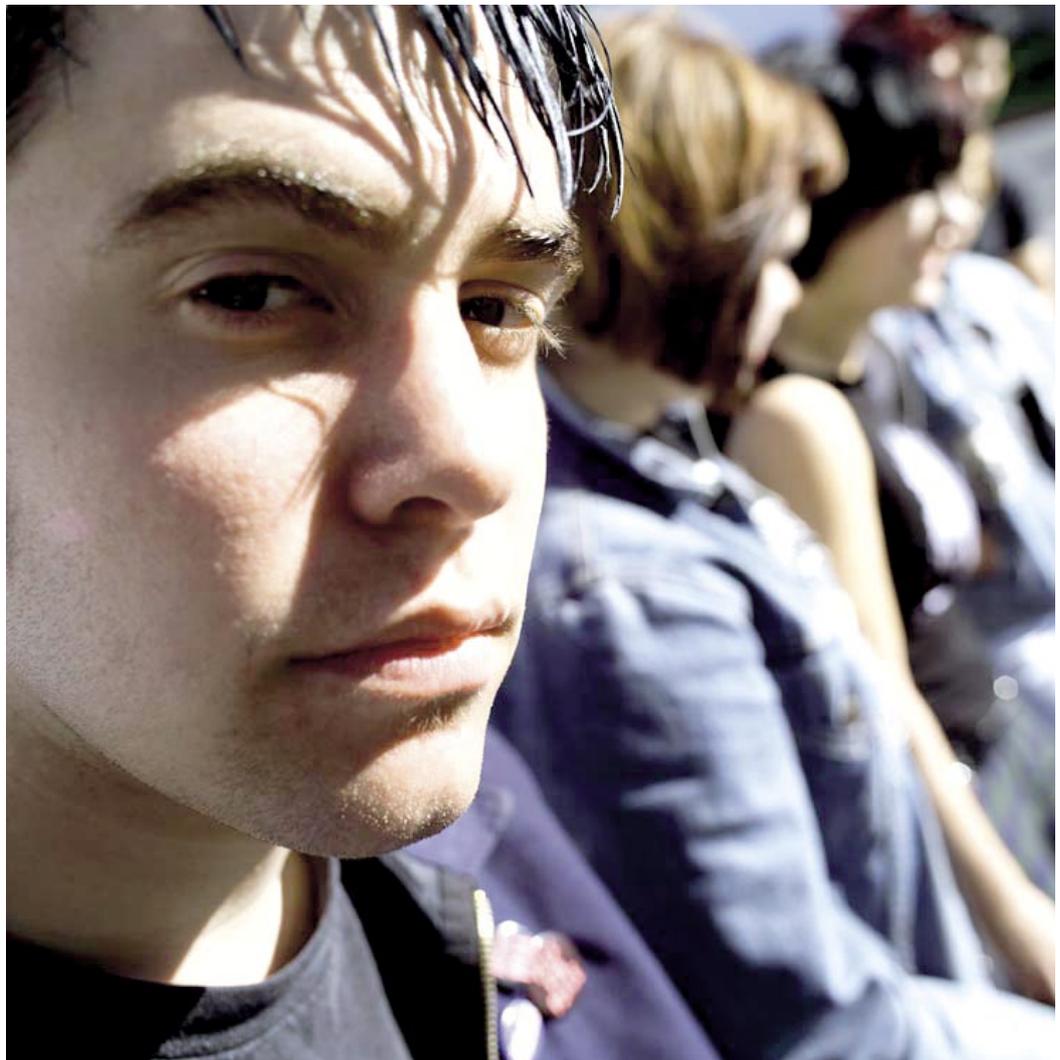
Bis Mitte Oktober 2005 wurde auf [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de) und anderen von jungen Menschen frequentierten Internetportalen eine Jugend-Online-Befragung eingestellt, um ein Stimmungsbild zur politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erhalten. Die Antworten sind in diesen Bericht eingeflossen.

Zahlreiche Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendrings sind mit eigenen Aktivitäten, inhaltlichen Schwerpunkten und neuen Methoden aktiv, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, dem Grundmotto von Jugendverbänden und Jugendringen, zu sichern und auszuweiten. So führte beispielsweise der Bremer Jugendring unter dem Motto „Jugend macht Europa ... aber wie?“ eine Veranstaltung mit Europapolitikerinnen und -politikern im Vorfeld der Europawahlen durch, um Anforderungen an ein Europa der Jugend zu formulieren ([www.bremerjugendring.de](http://www.bremerjugendring.de)). Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland (aej) hat im Vorfeld der Europawahlen 2004 Jugendliche zur Auseinandersetzung mit europäischer Politik angeregt. Während der Durchführung von Jugendfreizeiten, Mitarbeitenseminaren, Jugendgottesdiensten, Projektwochen und Festivals wurden die bevorstehende Europawahl und ihre Themen aufgegriffen. Die aej entwickelte dazu verschiedene Materialien ([www.evangelische-jugend.de](http://www.evangelische-jugend.de)).

Einen Baustein zur Förderung von Partizipation stellt der jährlich stattfindende Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ dar, der 1989 erstmalig ausgeschrieben wurde. Ziel ist es, Wissen und Urteilsfähigkeit sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, zu fördern und zu prämiieren. Am Wettbewerb nehmen Gruppen junger Menschen aus allen Bundesländern teil. Seit 1999 kooperieren die Bundesländer Baden-Württemberg,

Berlin, Bremen, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen in einem den Wettbewerb ergänzenden Projekt mit dem Ziel, die regionale Entwicklung beispielhafter Projekte sowie begleitende Maßnahmen in der Qualifikation von Schülerschaft und Lehrenden zu ermöglichen. Bund und Länder wirken im Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ seither systematisch und erfolgreich zusammen. Jährlich gehen etwa 170 Beiträge von Gruppen ein. Der Bund stellt zur Finanzierung jährlich ca. 150 000 € zur Verfügung. Daneben bringen die Länder im Rahmen des ergänzenden Projektes Eigenmittel ein. Programmträger ist der Förderverein Demokratisch Handeln e. V. ([www.demokratisch-handeln.de](http://www.demokratisch-handeln.de)).

Seit 2003 lässt sich die zunehmende interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit beobachten, die auf stärkere Beteiligung und Einbindung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in die Angebote der Jugendarbeit zielt. Hervorzuheben ist insbesondere, dass der Deutsche Bundesjugendring Formen der Selbstorganisation junger Migranten nicht als Konkurrenz, sondern als Partner der Jugendarbeit betrachtet.



Das Thema Partizipation steht auch im Zentrum der Integrationsprojekte des Landesjugendrings Baden-Württemberg für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Die Arbeitshilfe 2004 „Ring frei – für Vielfalt“ beschäftigt sich mit der Frage, wie sich Jugendverbandsarbeit für junge Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen öffnen kann und diese gleichwertig in den Strukturen partizipieren können. ([www.ljrbw.de/index.htm?http://www.ljrbw.de/ljr/arbeits/a\\_hilfe06.htm](http://www.ljrbw.de/index.htm?http://www.ljrbw.de/ljr/arbeits/a_hilfe06.htm)).

Das Land Baden-Württemberg förderte von 2003 bis 2004 das von der Akademie für Jugendarbeit der Evangelischen Akademie Bad Boll durchgeführte Projekt „Gelingende Beteiligung vor Ort“. Das Projekt verfolgte die Zielsetzung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Zu den Bausteinen des Projekts gehörten eine Fachtagung für Wissenschaft, Kommunalverwaltung, Politik und Praxis, Praxisprojekte in ausgewählten Modellstädten und -gemeinden sowie regionale Qualifizierungsangebote ([www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/310504.pdf](http://www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/310504.pdf)).

Stellvertretend für viele ähnliche Vorhaben sei am Beispiel des Landes Berlin auch die gelungene Einbindung von jungen Menschen in städtische Planungsprozesse geschildert. Im Rahmen des Sanierungsprogramms „Stadtumbau Ost“ im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf hatte das Kinder- und Jugendbüro des Bezirks die notwendigen Mittel beantragt und die Vergabe einer Jugendjury für Jugendprojekte übertragen. Durch eine das Projekt begleitende Kampagne in Schulen und Jugendclubs konnten junge Menschen unterschiedlichster sozialer Herkunft zur Mitarbeit gewonnen werden. Während des gesamten Planungs- und Umsetzungsprozesses wurden die Jugendlichen kompetent fachlich begleitet. Nachdem die Aufmerksamkeit der Jugendlichen durch Zukunftswerkstätten und Fotosafaris auf die Defizite des Stadtteils gelenkt und gleichzeitig die Fantasie für Verbesserungen angeregt worden war, konnten sie mit ihrer Schulklasse, ihrem Jugendclub oder als freie Gruppe ihre Ideen zum Projekt weiterentwickeln und sich für die vorhandenen Mittel bewerben. Die Jury setzte sich im Übrigen aus den beteiligten Jugendlichen zusammen. Prämiert und bewilligt wurden schließlich Projekte wie die Ausgestaltung eines interkulturellen Jugendtreffs, eines Faustkampfkurses („Boxen gegen Gewalt“), die Einrichtung eines Schulfunks mit Tonstudio und vieles mehr.



Ein weiteres Beispiel für Aktivitäten im Bereich „staatsbürgerliches Engagement“ ist die Arbeit des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, welches jährlich im Mai engagierte junge Menschen einlädt, gesellschaftlich bedeutende Themen in Workshops und Foren behandelt sowie Filmtage, Lesungen und weitere Veranstaltungen zu Themen wie Nationalsozialismus oder Rassismus organisiert. Eine externe Evaluation bescheinigte dem Bündnis ein hohes Wirkungspotenzial. Im Besonderen gelingt es in vielfältiger Weise, junge Menschen – auch aus bildungsfernen Schichten – für politische Vorgänge zu sensibilisieren. Die Träger der politischen Jugendbildung leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Vermittlung partizipativer Handlungskompetenz, sie fördern die soziale Verantwortungsbereitschaft sowie die Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktbewältigung und Kompromissbildung und damit zur Stabilisierung demokratischer Formen des Zusammenlebens.

„Get up!“ heißt die aktuelle Partizipationskampagne für junge Menschen des Landes Sachsen-Anhalt ([www.getup-info.de/index.php?id=304](http://www.getup-info.de/index.php?id=304)). Sie trägt erstens zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das die Zusammenarbeit zwischen Kindern, Jugendlichen und Parteien, Behörden, Schulen, Organisationen, Jugendhilfeträgern und anderen interessierten Personen fördert, unterstützt und begleitet. Junge Menschen werden ermutigt und befähigt, ihre Interessen und Kompetenzen im kommunalen Bereich, in der Freizeit oder Schule stärker einzubringen sowie sich für das Miteinander verschiedener Menschen, Altersgruppen und Kulturen einzusetzen. Zweitens verbindet sich mit ihr das zentrale Anliegen, Erwachsenen und Entscheidungsträgern die Bedeutung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen transparent zu machen sowie sie dabei zu unterstützen, junge Menschen mit ihrer Meinung und ihren Interessen ernst zu nehmen und die Gestaltungs- und Entscheidungsmacht mit ihnen zu teilen.

Darüber hinaus soll ein landesweites Partizipationsnetzwerk aufgebaut werden, um allen Beteiligten die Möglichkeit zu bieten, sich über die damit verbundenen Ziele, Herausforderungen und Chancen zu informieren, neue Kontakte zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperation zu fördern. Insgesamt sollen im Rahmen dieses Projektes demokratische Grundhaltungen für mehr Engagement im Gemeinwesen eingeübt, eine verlässliche politische Grundbildung vermittelt werden, partizipatorische Handlungskompetenz mit der Fähigkeit, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen, erweitert und positive Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren ermöglicht werden. Basierend auf diesen Zielstellungen setzt sich das Gesamtprojekt „get up! – Partizipation in Sachsen-Anhalt“ aus vier Elementen zusammen: „Fitmachen für's Mitmachen“ (unter anderem Fortbildungen für Jugendclub-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter und Veranstaltungen für Entscheidungsträger aus der Politik), „Initiative stärken“ (Initiierung und Begleitung von Beteiligungsprojekten für Kinder- und Jugendliche), „Netzwerke“ (Vernetzung und Bündelung von Beteiligungsinitiativen und -projekten) sowie „Weite Kreise ziehen“ (Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt).

Die Deutsche Nationalagentur JUGEND, die für die Umsetzung des Europäischen Jugendprogramms zuständig ist, hat in Kooperation mit „profondo“ und mehreren Nationalagenturen anderer Mitgliedstaaten im April 2005 unter dem Titel „Please do disturb“ eine europäische Konferenz zum Thema Partizipation Jugendlicher mit 120 Jugendlichen aus 28 Ländern durchgeführt (<http://www.pdd.youthinaction.de>).

Ziel der Konferenz war vor allem der qualifizierte Austausch internationaler Expertinnen sowie Experten und Aktiver über innovative und erfolgreiche Partizipationsmethoden und -ansätze.

Stellvertretend für andere auf diesem Gebiet tätige Institute und Träger sei auch die „Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE)“ ([www.fgje.de](http://www.fgje.de)) am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilian-Universität München erwähnt, die im Rahmen des Pilotprojekts „Juniorteam Europa“ – basierend auf dem Ansatz der „peer group education“ – interessante inhaltliche und methodische Zugänge zur Partizipation junger Menschen in Europa erprobt und ein modellhaftes Beispiel innovativer Jugendinformation und Jugendpartizipation darstellt. Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren werden von der FGJE in Form mehrtägiger Multiplikatorenschulungen zu Juniorteamerinnen und Juniorteamern ausgebildet.

Nach absolvierter Schulung führen die Moderatoren und Moderatorinnen dann selbst nicht-formale Bildungsangebote für junge Menschen durch, die auf die Entwicklung von Beteiligungskompetenz und Europakompetenz junger Menschen zielen. Zum methodischen Spektrum gehören hier beispielsweise Planspiele, mit Hilfe derer komplexe Themen und Strukturen der Europäischen Union auf eine spielerische Art und Weise vermittelt werden, Informationsveranstaltungen zur Europäischen Verfassung, Workshops, Qualifizierungsseminare für junge Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit dem Titel ‚Europa erleben und verstehen‘, Fachpublikationen und Vortragsveranstaltungen. Einige der Fach- und Fortbildungsveranstaltungen geben jungen Menschen auch die Gelegenheit zum direkten Austausch mit Politikerinnen und Politikern über die gegenseitigen Vorstellungen zur Europapolitik.<sup>3</sup>

Die Partizipation von Schülerinnen und Schülern ist in den Schulgesetzen aller 16 Bundesländer gesetzlich verankert. Ganztagschulen setzen ganz besonders voraus, dass Schülerinnen und Schüler ebenso wie Eltern und außerschulische Kooperationspartner noch stärker als bisher an der Gestaltung von Bildungs- und Erziehungsprozessen einschließlich des Unterrichts beteiligt sind. Kinder und Jugendliche sind Experten für ihr persönliches Umfeld und ihre individuellen Entwicklungsprozesse. Dem wird nach Ansicht der „Servicestelle Jugendbeteiligung (SJB)“ und des Bundesarbeitskreises „Schüler gestalten Schule (BAK)“ in Schulen und im Alltag noch zu wenig Rechnung getragen. SJB und BAK engagieren sich daher im Rahmen des Begleitprogramms „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ für eine gelingende und selbstbewusste Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler sowie interessierte und engagierte Jugendliche in alle Aktivitäten des Programms einzubinden und Angebote für die Begleitung und Unterstützung schulischer Entwicklungsprozesse zu unterbreiten.

Sehr gute Erfahrungen gibt es bereits mit „Mobilen Zukunftswerkstätten“ in Schulen, in die alle schulischen Akteure mit ihren unterschiedlichen Perspektiven eingebunden sind. SJB und BAK stellen auch Kontakte zwischen den regionalen Serviceagenturen und Jugendlichen in der Region her. Ein weiteres Ziel ist die Vernetzung von Jugendlichen, die in Ganztagschulen engagiert sind, um gegenseitig an den Erfahrungen zu profitieren.

<sup>3</sup> Siehe dazu auch auf S. 24 im parallelen Bericht der Bundesregierung „Information der Jugendlichen“ den Abschnitt zu den Aktivitäten der „EuroPeers“ während der Europäischen Jugendwoche 2005.

Ein Projekt der „Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung“ (GEMINI) will die außerschulische politische Jugendbildung und die Beteiligung junger Menschen in Ganztagschulen unterstützen. Unter dem Motto „Politik & Partizipation in der Ganztagschule“ werden Erfahrungen, Modelle und Anregungen für die Weiterentwicklung der Partizipation und der politischen Kinder- und Jugendbildung in der Schule gesammelt. Aufbauend auf ihren langjährigen Erfahrungen in außerschulischen Handlungsfeldern wendet sich die politische Jugendbildung nunmehr verstärkt dem Bildungsort Schule zu. Der aktuelle Ausbau der offenen Ganztagschulen unter Beteiligung der Träger der Jugendarbeit bietet neue zeitliche und inhaltliche Möglichkeiten für partizipatives politisches Lernen. Das Projekt soll auch Hinweise erbringen, wie die Träger politischer Jugendbildung die damit verbundenen neuen Herausforderungen – insbesondere die engere Art der Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischer Jugendbildung, die anderen Zeitstrukturen, die anderen räumlichen Gegebenheiten und die unterschiedlichen pädagogischen Konzepte – produktiv gestalten können ([www.politikundpartizipation.de](http://www.politikundpartizipation.de)).

Partizipation von Jugendlichen ist auch ein zentrales Anliegen der Deutschen Sportjugend (dsj). Zur Förderung partizipativer Handlungskompetenz und partizipativer Verbandsstrukturen hat die dsj in den vergangenen Jahren mehrere Schwerpunkte verfolgt: So wurde zum Beispiel das so genannte dsj-Juniorteam gestärkt, das junge Menschen durch die Schulung rhetorischer Fähigkeiten und die Förderung sozialer Kompetenzen zur Übernahme von Leitungspositionen und Ehrenämtern motivieren und qualifizieren will ([www.dsj.de](http://www.dsj.de)). Die Partizipation von Mädchen und jungen Frauen ist ein weiteres wichtiges Anliegen der dsj. Daher hat sie mit „Tandem“ ein erfolgreiches Mentoringprojekt des Allgemeinen Deutschen Hochspulsportverbandes (adh) maßgeblich unterstützt. „Das Projekt Tandem“, das sich mittlerweile im zweiten Durchlauf befindet, zielt darauf, den Anteil von jungen Frauen in den Gremien und Strukturen des organisierten Jugendsports zu erhöhen und ihnen damit mehr Möglichkeit zu aktiver Beteiligung und Mitentscheidung zu geben ([www.adh.de/projekte\\_mentoring.htm?page\\_part=1](http://www.adh.de/projekte_mentoring.htm?page_part=1)).

Der Partizipation junger Menschen im sozialpädagogischen Handlungsfeld „Erzieherische Hilfen“ wird in Deutschland große Bedeutung beigemessen. Verschiedene Ansätze und Verfahren zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern sind in der Praxis bereits erprobt und in der Fachöffentlichkeit diskutiert worden. Bekannt geworden sind zum einen beispielsweise gewählte Interessenvertretungen wie der Sprecherrat im Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg oder der Landesheimrat in Hessen. Zum anderen gibt es mittlerweile vielerorts so genannte Beteiligungsworkshops mit Kindern und Jugendlichen. Die vorliegenden Praxiserfahrungen verdeutlichen unter anderem, dass Partizipation von Mädchen und Jungen nur dann auf Dauer gelingt, wenn sie in einer entsprechenden Einrichtungskultur verankert ist, andernfalls „versanden“ auch gute Ansätze oft nach kurzer Zeit wieder. Es wird daher weiterhin darauf ankommen, bei der Qualitäts- und Wirkungsbestimmung von Heimerziehung und anderen Hilfen verbindlich betroffene Kinder und Jugendliche über altersgerechte Workshops, jugendgerechte Befragungs- und Beteiligungsformen einzubeziehen.

Offen ist diesbezüglich die Entwicklung von geeigneten Formen zum Beispiel für den Pflegekinderbereich. Schließlich erscheint es wichtig, dass Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Erziehungshilfen und in ambulanten Hilfen über die Jugendhilfe, helfende Angebote, Rechte und Pflichten im Kinder- und Jugendhilfegesetz verständlich informiert werden, da dies die Voraussetzung für den Aufbau von Partizipationskompetenz ist. An diesen Erkenntnissen knüpft ein laufendes Modellprojekt des Diakonieverbandes Schweicheln e. V. in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Münster an, das eine nachhaltige „Kultur der Partizipation“ in seinen angeschlossenen Einrichtungen anregen will ([www.diakonie-portal.de/Members/traeger149/index\\_html/view](http://www.diakonie-portal.de/Members/traeger149/index_html/view)).

## **Zielsetzung 2) stärkere Einbeziehung der Jugendlichen in das System der repräsentativen Demokratie**

Im Rahmen von „Projekt P – misch dich ein“, der Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschen Bundesjugendrings zur Förderung des politischen Engagements von Kindern und Jugendlichen, wurden im Vorfeld der Bundestagswahlen bundesweite Wahlprojekte unterstützt, wie „U 18 – die Bundestagswahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren“ und „Juniorwahl“.

Der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen führten im Vorfeld der Bundestagswahl am 18. September 2005 zahlreiche Aktivitäten durch, um auf die Belange von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu machen, aber auch um eine Wahlentscheidung zu erleichtern. Ein Newsletter informierte über aktuelle Entwicklungen, Aktivitäten und Positionierungen mit Relevanz für die Jugendpolitik. Eine interaktive Datenbank enthielt Angebote und Aktivitäten der Jugendverbände zur Bundestagswahl. Die Broschüre „Jugend w(z)ählt – Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings zur Wahl des 16. Deutschen Bundestages“ fasst zahlreiche Forderungen der Kinder- und Jugendverbände an die Parteien zusammen. Ein Plakat mit dem Titel „Misch dich ein – auch bei der Bundestagswahl. Jugend zählt, wenn sie wählt“ wurde produziert und kam bei Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen zum Einsatz, um Jugendliche für eine Wahlbeteiligung zu motivieren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung bot im Internet wieder einen Wahl-O-Mat an, um Jugendlichen anhand von einfachen Thesen einen Einblick in wichtige politische Fragen zu geben. Viele der jugendlichen Redakteurinnen und Redakteure kamen aus dem Jugendverbandsbereich. Der Deutsche Bundesjugendring wirkte als Medienpartner mit.

Zahlreiche Mitgliedsorganisationen des DBJR richteten sich mit Wahlaufrufen, Informationen für junge Wählerinnen und Wähler, Wahlspots und Postkarten an Jugendliche, um über den Bundestagswahlkampf zu informieren.

Die Kontinuität der Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie wird insbesondere durch Kinder- und Jugendbüros auf kommunaler Ebene und durch die Länder gewährleistet. Dazu wieder einige Praxisbeispiele, beginnend mit Berlin:



In vier Bezirken der Bundeshauptstadt gibt es Kinder- und Jugendbüros, die als Ansprechpartner sowohl für (nicht organisierte) Kinder und Jugendliche als auch für Politik und Verwaltung zur Verfügung stehen sowie Kinder- und Jugendforen, Anhörungen, Planungsworkshops und anderes mehr organisieren. Selbstorganisierten Jugendprojekten wurde strukturelle und beratende Hilfe zu teil.

Einige Berliner Bezirke haben die Berücksichtigung und Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen auch in die Geschäftsordnungen der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen mit aufgenommen. Im Jahr 2004 nahmen im Berliner Stadtteil Wedding (Bezirk Mitte) 80 junge Menschen – überwiegend aus bildungsfernen Schichten – an einem Jugendforum teil. Im Vorfeld waren engagierte Jugendliche als „Botschafter“ in ihrer eigenen „Peergroup“ zur Mitarbeit geworben worden. Die Moderation lag ebenfalls bei den jungen Leuten selbst. Das Forum wurde durch das ansässige Kinder- und Jugendbüro und eine weitere Stadtteileinrichtung finanziell und organisatorisch unterstützt. Ausschlaggebend war, dass die Jugendlichen zunächst eigene Standpunkte und Sichtweisen über ihren Kiez und ihre Lebenssituation entwickelten, bevor sie Forderungen und Projektpläne entwarfen.

In Steglitz-Zehlendorf organisiert das dortige Kinder- und Jugendbüro Kinder- und Jugendforen, die in Form jugendgerechter Workshops vorbereitet und anschließend im Rathaus zusammengeführt werden. Um die Verbindlichkeit der Vorschläge zu erhöhen, werden mit den Bezirksverordneten als zuständigen politischen Entscheidungsträgern Patenschaften und symbolische Verträge ausgehandelt. In zwei Berliner Bezirken existieren Kinder- und Jugendparlamente. Das Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf, das durch die bezirkliche Jugendförderung unterstützt wird, erreichte im vergangenen Jahr konkrete Verbesserungen an Schulen und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche durch seine gelungene Anbindung an die Bezirksverordnetenversammlung.

Das Land Rheinland-Pfalz führte zur Förderung der Einbindung junger Menschen in das System der repräsentativen Demokratie landesweite Treffen der kommunalen Jugendvertretungen sowie Workshops für ehren- und hauptamtliche Begleiterinnen und Begleiter von kommunalen Jugendvertretungen durch. Des Weiteren hat es sich die Qualifizierung von Beratern und Beraterinnen für Kinder- und Jugendpartizipation zur Aufgabe gemacht, fördert die Durchführung von Praxisseminaren für kommunale Jugendvertretungen und hat einen Leitfaden zur Jugendpartizipation für kommunale Jugendvertretungen und -initiativen in Rheinland-Pfalz mit dem Titel „So geht’s“ herausgegeben.

In Nordrhein-Westfalen wird die Einbindung junger Menschen in das System der repräsentativen Demokratie auf vielfältige Weise unterstützt, z. B. in Form von Jugendsprechstunden, institutionalisierten Gesprächsrunden mit den Stadtjugendringen oder mittels bestehender Kinder- und Jugendgremien. Auf Landesebene findet ein regelmäßiger Austausch, z. B. mit dem Landesjugendring oder Vertretern und Vertreterinnen der offenen Jugendarbeit, statt, dessen Entscheidungen Land und Kommunen gleichermaßen binden. Außerdem führte der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen anlässlich der Kommunalwahl 2004 und zur Landtagswahl 2005 Projekte unter dem Motto „Ich geh hin. Und du?“ Projekte zur Aktivierung von Jungwählerinnen und Jungwählern durch.

In Hamburg werden alljährlich Workshops des Parlaments mit Jugendlichen („Jugend im Parlament“) mit anschließender Beratung der Ergebnisse in den Fachausschüssen des Parlaments mit den jungen Menschen veranstaltet.

Auch in den anderen Bundesländern gibt es auf Landesebene und in den Kommunen mannigfache Angebote für junge Leute zur Förderung ihrer Einbindung in das System der repräsentativen Demokratie, auf die an dieser Stelle nicht im Einzelnen eingegangen werden kann.

Abschließend soll erwähnt werden, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen seit 2003 nicht verändert haben. Ein fraktionsübergreifender Antrag zur Einführung eines Wahlrechts ab der Geburt („Familienwahlrecht“) wurde vom Deutschen Bundestag mehrheitlich abgelehnt.

### **Zielsetzung 3) stärkere Unterstützung der verschiedenen Formen des Erwerbs von Partizipationskompetenz**

Die Bundeszentrale für politische Bildung, einer der drei Partner von „Projekt P – misch dich ein“, vermittelte den Jugendlichen mit Lernangeboten in Form von Qualifizierungsseminaren wie z. B. Moderations-, Verhandlungs- und Projektmanagementseminaren ein Grundverständnis, wie Politik funktioniert. Jugendliche wurden fit gemacht, für ihre eigenen Belange und Interessen selbständig und erfolgreich einzutreten. Speziell dafür entwickelte Arbeitsmaterialien, wie Themenblätter im Unterricht und Online-Tools, die kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, ergänzten und unterstützten die Maßnahmen und leisteten einen wichtigen Beitrag für die Nachhaltigkeit.

Die Deutsche Nationalagentur JUGEND hat in 2003/2004 insgesamt 269 Jugendinitiativen mit 3500 Teilnehmenden und 120 Projekte ehemaliger Freiwilliger in der Aktion 3.2 gefördert. Die Förderung von Jugendinitiativen stellt einen wichtigen Baustein zur Förderung der Partizipation Jugendlicher dar, da partizipative Handlungskompetenz insbesondere durch selbst verantwortetes Handeln und selbst organisierte Projekte erworben wird. Zudem hat die Deutsche Nationalagentur JUGEND seit 2003 verschiedene Unterstützungsinstrumentarien entwickelt, wie zum Beispiel eine eigene Seite zur zielgruppenspezifischen Ansprache der Jugendlichen für den Bereich der Jugendinitiativen und Future Capital ([www.machwasdraus.de](http://www.machwasdraus.de)), Seminarangebote, die Jugendliche in der Konzeptionierung, Antragstellung und Durchführung ihrer Projekte unterstützen, und ein internationales Jugendinitiativseminar, das mit der Absicht veranstaltet wurde, Netzwerkprojekte zu entwickeln und Jugendliche bei der Projektpartnersuche zu unterstützen.

Der Deutsche Bundesjugendring hat in 2004 im Rahmen von „Come in Contract“ (siehe Kapitel 2, Zielsetzung 1) eine Handreichung zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit dem Titel „Vertrag euch! Beteiligung mit Methode – Ideen für Jugendprojekte mit Praxisbeispielen, Tipps und Methoden“ veröffentlicht. Neben Methoden und Praxis-tipps werden gesetzliche Grundlagen zur Jugendbeteiligung sowie unterschiedliche Formen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe vorgestellt. Enthalten sind auch eine Checkliste für ein gelungenes Projektmanagement, Tipps für gute Öffentlichkeitsarbeit und Ideen zur Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung leistet in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V. (Wiesbaden) mit dem Multimediaangebot [www.sozialpolitik.com](http://www.sozialpolitik.com) einen Beitrag zur stärkeren Unterstützung der verschiedenen Formen des Erwerbs von Partizipationskompetenz, in dem die effektivere Interaktion zwischen formaler, nicht-formaler und informeller Bildung umgesetzt wird. Dieses jährlich aktualisierte Internetangebot bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich über den Sozialstaat und die aktuelle Sozialpolitik zu informieren. Für die Lehrer und Lehrerinnen werden ergänzend zum Schülermagazin Anregungen zur Unterrichtsgestaltung, Hintergrundinformationen, Schaubilder und Arbeitsblätter zur Verfügung gestellt.

Eine besondere Form der partizipativen Handlungskompetenz für sozial benachteiligte Jugendliche vermitteln so genannte Kompetenzagenturen, die gegenwärtig in einem Modellprojekt des BMFSFJ erprobt werden. Partizipation wird hier im Sinne von sozialer Inklusion verstanden. Im Vordergrund steht das Ziel der Teilhabe an beruflichen und gesellschaftlichen Chancen. Insgesamt 16 Kompetenzagenturen nehmen dabei eine zentrale Lotsenfunktion zur beruflichen und sozialen Integration Jugendlicher aus sozialen Brennpunkten ein. Ihre Aufgabe ist es, geeignete Konzepte der beruflichen und sozialen Integration für die Jugendlichen, die für bisherige Angebote nicht oder nur schwer erreichbar waren, zu entwickeln und zu etablieren. Mit jedem einzelnen Jugendlichen wird mittels Profiling und eines anschließenden individuellen Entwicklungsplans abgestimmt, welche eigenständigen Leistungen des Jugendlichen nötig sind und an welchen Stellen Förderung möglich ist.

Die Kompetenzagenturen zielen auf eine „passgenaue“ soziale und berufliche Integration, indem sie Beratungs-, Unterstützungs- und Vermittlungsleistungen anbieten. Unterstützt durch die Methoden „Case Management“ und „Coaching“ verfolgen die Kompetenzagenturen einen am Einzelnen ausgerichteten Unterstützungs- und Förderungsansatz auf der Basis geeigneter Kompetenzfeststellungsverfahren. Zur Aktivierung der Selbsthilfepotentiale der Jugendlichen werden die Ressourcen des Elternhauses und des familiären Umfeldes systematisch in die Unterstützungsplanung mit einbezogen und umfassend gefördert. Insgesamt wird so der partizipative Ansatz genutzt, die Jugendlichen zu Experten in eigener Sache zu machen.

Gesellschaftliche Teilhabe und staatsbürgerliche Partizipation sind insbesondere von den gegebenen Bildungschancen abhängig. Vor diesem Hintergrund hat die Kultusministerkonferenz nach Veröffentlichung der Ergebnisse des ersten PISA-Zyklus im Dezember 2001 Maßnahmen zur wirksamen Förderung von bildungsbenachteiligten Kindern, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als eines von sieben Handlungsfeldern für den Schulbereich benannt. Schwerpunkte in diesem Handlungsfeld bilden der Ausgleich sowohl schulischer als auch sozialer Benachteiligungen, die Sprachförderung und die Sicherung des Übergangs in Ausbildung und Beruf.

Dem Ausgleich schulischer und sozialer Benachteiligung dienen vor allem integrativer Unterricht an allgemeinen Schulen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, „reisende Schulen“ zur Sicherung kontinuierlichen Unterrichts für Kinder beruflich Reisender, Förderkurse in der unterrichtsfreien Zeit und die Intensivierung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe bzw. der Schulsozialarbeit. Verbindliche, individuelle Lern- und Förderpläne sollen die Schüler und Schülerinnen stärker in ihren Entwicklungsprozess mit einbeziehen.

Landeskooperationsstellen für Schule und Jugendhilfe zielen innerhalb der drei Säulen Schule – Jugendhilfe, Schule – Wirtschaft und Schule – Freizeit – Bildung auf die Entwicklung von Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen, die Beratung und Unterstützung von Initiativen sowie die gezielte Fortbildung (auch) für berufsgemischte Gruppen. Einige Bundesländer haben obligatorische Sprachförderkurse vor Beginn der Grundschule für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund eingerichtet. Die Sprachförderung wird in der Grundschule und der Sekundarstufe I fortgesetzt. Daneben sollen spezielle Lehrkraftkontingente für Deutsch als Zweitsprache und die Auswahl von Lehrkräften mit Migrationshintergrund den schulischen Erfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und damit auch ihre Partizipationsfähigkeit unterstützen. Praxislernklassen an Hauptschulen, die Kombination von schulischem Lernen und betrieblicher Erfahrung, Berufsorientierungstage sowie Modellversuche zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung zielen darauf, die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss zu reduzieren und die Motivation und Eigenverantwortung von Schülerinnen und Schülern beim Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt zu stärken. Der für 2006 geplante gemeinsame Bildungsbericht von Bund und Ländern wird ein Schwerpunktkapitel zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungswesen enthalten.

Im Frühjahr 2005 hat die Bertelsmann-Stiftung das Projekt „mitWirkung“ gestartet ([www.mitwirkung.net/cps/rde/xchg/mitwirkung/](http://www.mitwirkung.net/cps/rde/xchg/mitwirkung/)). Die Initiative „mitWirkung!“ will einen Beitrag dazu leisten, dass sich mehr junge Menschen aktiv und informiert in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbringen. Hieraus folgen drei Teilziele: a) Herstellung von Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation junger Menschen (Ist-Analyse) und Identifizierung von Best-Practice-Beispielen;



b) Entwicklung von Strategien für die Aktivierung junger Menschen und Schaffung eines Referenzmodells für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung und c) nachhaltige und flächige Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation durch Transfer der Projektergebnisse.

Knapp 320 Bewerbungen von Kommunen jeder Größenordnung und aus allen Teilen Deutschlands sind eingegangen. Darüber hinaus haben sich weitere 260 Kommunen an der mit der Ausschreibung verbundenen Eingangserhebung beteiligt und Angaben zu ihrer Stadtstruktur und zu den gegenwärtig vorhandenen Partizipationsangeboten gemacht. Mit zunächst 50 Kommunen wurde eine Befragung durchgeführt. Mehr als 16 000 Schülerinnen und Schüler haben in einem Fragebogen zu ihren gegenwärtigen Partizipationsmöglichkeiten Auskunft gegeben.

Anhand von vier Kommunen (Ahrensburg, Essen, Leipzig und Saalfeld) sollen nun Referenzmodelle für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung entwickelt werden. Ziel ist es dabei, lokale Partizipationsstrukturen auszubauen und nachhaltig zu verankern. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung und Umsetzung von Qualifizierungsbausteinen für Akteure aus Verwaltung, Politik, Schule und Jugendhilfe sowie für Kinder und Jugendliche.

Einige zentrale Erkenntnisse liegen bereits vor. So bieten ca. 80% aller befragten Städte und Gemeinden Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen an, wobei ein Schwerpunkt auf den projektorientierten Beteiligungsformen liegt. In etwa 44% der Kommunen gibt es hauptberufliche Beauftragte für Kinder- und Jugendinteressen. Es konnte kein signifikanter Zusammenhang zwischen der kommunalen Finanzkraft und der Mittelausstattung von Beteiligungsangeboten festgestellt werden. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Kommunen mit hohem sozialem Problemdruck offenbar häufiger ein breiteres Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten vorhalten. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass Beteiligungsangebote in der Regel nur über eine relativ geringe Mittelausstattung verfügen, im Durchschnitt werden jährlich weniger als 5.000 € in diese Aufgabe investiert.

Eine Gefahr zunehmender Entfernung von der wünschenswerten Partizipation am staatsbürgerlichen Leben besteht in besonderem Maße bei Jugendlichen, die in erheblicher Weise und wiederholt delinquent werden. Hier gilt es in erster Linie, bereits den Ursachen von Jugenddelinquenz zu begegnen, Defiziten in der Entwicklung und den Entwicklungschancen betroffener Jugendlicher entgegen zu wirken und ihre gesellschaftliche Eingliederung zu unterstützen. Die Bundesregierung fördert deshalb zahlreiche Maßnahmen und Projekte zur Prävention von Jugenddelinquenz. Beispielhaft ist das eben gestartete Projekt „Wir kümmern uns selbst“, das auf eine frühzeitige und niederschwellige Lösung von Problemen zielt, bei denen Kinder und Jugendliche als störend, delinquent oder auffällig wahrgenommen werden. Der modellhafte Ansatz soll die vor Ort Beteiligten zum gemeinsamen Handeln ermuntern und will dafür die notwendige Unterstützung bereitstellen. Oft hat delinquentes Handeln von Kindern und Jugendlichen eine längere Geschichte und es gibt eine Vielzahl von bislang zu wenig genutzten Lösungsmöglichkeiten im lokalen Umfeld. Das Projekt möchte diese Potenziale entwickeln und unterstützen. Erfolgreich etabliert wurde in den letzten Jahren auch eine modellhafte Methode zur Reintegration von Kindern und Jugendlichen mit auffälligem und insbesondere kriminellem Verhalten in ein stabiles soziales Umfeld. In jeweils fünf Kommunen wurde ein so genanntes A.I.B.-Team (Intensive ambulante Begleitung auffälliger Kinder und Jugendlicher) eingerichtet. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die sozialpädagogischen Teams durch ihre kurzzeitpädagogische Arbeit langwierige stationäre und ambulante Hilfen reduzieren oder ganz vermeiden können.

Auch die strafrechtliche Behandlung delinquenten junger Menschen muss darauf ausgerichtet sein, soziale Desintegration nicht weiter zu vertiefen, sondern primär die Aussichten für ein künftiges Leben ohne Straftaten zu verbessern. Das deutsche Jugendstrafrecht stellt deshalb nicht die Strafe und den Ausgleich begangenen Unrechts in den Vordergrund, sondern orientiert sich in erster Linie an dem Erziehungsgedanken. Es betont den Vorrang helfender und eine positive Entwicklung fördernder Maßnahmen und Sanktionen, soweit diese geeignet und ausreichend sind, und sieht den Freiheitsentzug durch eine Jugendstrafe nur als äußerstes Mittel (*ultima ratio*) vor.

Wenn gleichwohl eine Jugendstrafe erforderlich wird, ist aber auch der Vollzug nicht als Übelzufügung im Sinne der Bestrafung für begangenes Unrecht auszugestalten, sondern erzieherisch an dem Ziel eines künftig straffreien Lebenswandels zu orientieren. Der Vollzug soll deshalb Maßnahmen und Angebote zur Verbesserung der sozialen Kompetenzen, schulischen und beruflichen Ausbildung und sinnvollen Freizeitbe-

schäftigung vorhalten. Eine Beschränkung der staatsbürgerlichen Partizipationsrechte aufgrund einer Verurteilung ist gegenüber Jugendlichen anders als bei Erwachsenen ausgeschlossen.

Forderungen zur Verschärfung des Jugendstrafrechts, die dieser Konzeption entgegenlaufen, aber auch in anderen europäischen Staaten in den letzten Jahren zunehmend erhoben werden, ist die Bundesregierung stets nachdrücklich entgegengetreten. Sie hat sich im Bereich der einschlägigen Gesetzgebung in jüngerer Zeit insbesondere dafür eingesetzt, die gesetzlichen Grundlagen für die fördernde und befähigende Ausgestaltung des Jugendstrafvollzugs zu verbessern.

### III.

## Durchgeführte Aktionen zur Feststellung des bestehenden Wissens bezüglich der Partizipation und der Information und Ergreifung sämtlicher nützlicher Maßnahmen, um sie zu vervollständigen, zu aktualisieren und den Zugang dazu zu erleichtern

Viele Erkenntnisse auf wissenschaftlichem Gebiet liegen durch Nationale Forschungsprojekte und Studien, Ergebnisse von wissenschaftlichen Begleitungen und europäisch vergleichende Studien vor. Sie stellen die Basis für viele in Kapitel 2 geschilderte Maßnahmen dar. Fest steht: Jugendliche wollen sich wieder engagieren. Insbesondere jüngere Männer erklären sich bereit, ein politisches Amt zu übernehmen. Viele junge Menschen wissen jedoch nicht, wie sie das tun können.

Seit der Entschließung des Rates der Europäischen Union (Teil: Jugend) vom 25. November 2003 über gemeinsame Zielsetzungen für die Partizipation und Information der Jugendlichen wurden in Deutschland folgende empirische Studien zum Thema Partizipation von jungen Menschen durchgeführt:

Der „Freiwilligensurvey“ (2004) ist eine repräsentative Befragung zur Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, die auch das Thema der Partizipation Jugendlicher beinhaltet und bei der rund 15.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger im Alter ab 14 Jahren befragt wurden ([www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/2.freiwilligensurvey-kurzzusammenfassung.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/2.freiwilligensurvey-kurzzusammenfassung.pdf)).

Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) (2003/04) wird ebenfalls aus den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereitgestellten institutionellen Mitteln für das DJI gefördert. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Umfrage von 12- bis 29-jährigen deutschen und nicht-deutschen Kindern und Jugendlichen, die unter anderem auch den Themenbereich gesellschaftliche und politische Partizipation beleuchtet. Befragt wurden 9.000 Kinder und Jugendliche zu den Aspekten: Nutzung institutioneller Angebote, politische Einstellungen sowie gesellschaftliche und politische Beteiligung ([www.dji.de/jugendsurvey](http://www.dji.de/jugendsurvey)), zu ihren Lebenslagen, Werten, gesellschaftlich-politischen Orientierungen und Aktivitäten. Der DJI-Jugendsurvey ist Teil der Sozialberichterstattung des Deutschen Jugendinstituts. Diese will auf empirischer Basis durch „Dauerbeobachtung“ in Wiederholungsbefragungen zuverlässige Informationen über die soziale und persönliche Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland gewinnen. Bisher wurden drei Erhebungswellen in den Jahren 1992, 1997 und 2003 durchgeführt. Befragt wurden die Jugendlichen unter anderem auch zu ihrer Bereitschaft und ihren ausgeübten Aktivitäten in einem breiten Spektrum gesellschaftlicher und politischer Beteiligungsmöglichkeiten.

Bei der ALLBUS-Umfrage – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (seit 1980) 2002/2004 – handelt es sich um eine Repräsentativumfrage der wahlberechtigten Bevölkerung zu Einstellungen, Verhalten und Sozialstruktur in Deutschland. Sie enthält auch Informationen zur Partizipation junger Menschen ([www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/](http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Allbus/)).

#### **Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)**

Das SOEP ist eine jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung privater Haushalte in Deutschland, die kontinuierliche Sozialdaten, unter anderem auch zum Bereich gesellschaftlicher Partizipation, liefert ([www.diw.de/deutsch/sop/index.html](http://www.diw.de/deutsch/sop/index.html)).

Das Projekt „Politische Sozialisation von Kindern in der Grundschule“ ist eine Längsschnittstudie zu politischem Verständnis, Involvierung und Grundorientierungen jüngerer Kinder zu Demokratie und zu Europa. Für das Thema Partizipation Jugendlicher ist die Studie insofern interessant, als sie die Bedingungen politischer Sozialisation und damit auch Partizipationskompetenz untersucht. Ziel dieses Forschungsprojekts ist es, die Einflüsse von Schule und Familie auf die politische Sozialisation junger Kinder zu untersuchen. Von der Durchführung der Studie erhoffen sich die Forscherinnen und Forscher nähere Erkenntnisse zum Thema Beginn der politischen Sozialisation und Bedingungen politischer Sozialisation junger Kinder (6–7 Jahre) sowie der Relevanz des Familieneinflusses und früher Schulerfahrungen ([www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lspwivs/](http://www.sowi.uni-mannheim.de/lehrstuehle/lspwivs/)).

In internationalen Jugendbegegnungen ist Partizipation in der Regel ein immanenter Prozess. Jugendliche werden meist bei der Vorbereitung, der Durchführung und der Auswertung der Maßnahmen beteiligt. Partizipation ist häufig selbst Thema von internationalen Begegnungen, einschließlich des Vergleichs der Situation in Deutschland und anderen Ländern. In der bilateralen Kooperation mit Finnland wird auf der Fachebene beispielsweise die Partizipation von Jugendlichen im Hinblick auf die Teilnahme an Wahlen thematisiert. Jugendliche sind in den Prozess ebenfalls eingebunden. In einer im vergangenen Jahr von der Universität Regensburg durchgeführten umfangreichen Studie über „Langzeitwirkungen der Teilnahme an Jugendaustauschprogrammen auf die Persönlichkeitsentwicklung“ wurde nachgewiesen, dass Jugendliche auch zehn Jahre nach ihrer Teilnahme an internationalen Austauschprogrammen noch von den dort gesammelten Erfahrungen profitieren. Interkulturelle und soziale Kompetenzen haben sich nachweislich verbessert. Oftmals waren die Erlebnisse ein „Kick für’s Leben“, die eindeutig zuordbare Konsequenzen, etwa bei der Berufswahl, nach sich zogen. Die Ergebnisse unterstreichen ebenso die Notwendigkeit und die Bedeutung, die Jugendlichen in allen Phasen des Programms zentral einzubinden und zu beteiligen: in der Planung, der Vorbereitung, der Durchführung – einschließlich Zwischenauswertungen während des Austausches – sowie der Nachbereitung. Man muss die Programme mit den Jugendlichen gestalten, nicht für die Jugendlichen ([www.jugendaustausch-langzeitwirkungen.de](http://www.jugendaustausch-langzeitwirkungen.de)).

Neben diesen „nationalen“ Forschungsprojekten gibt es eine Reihe europäisch vergleichender Studien, an denen sich deutsche Forschungseinrichtungen beteiligen.

Zu nennen wären zum Beispiel:

EUYOUPART (2004): „Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union“. Dabei handelt es sich um eine internationale Studie zu politischer Partizipation Jugendlicher im Alter von 15 bis 25 Jahren, an deren Umsetzung das Deutsche Jugendinstitut maßgeblichen Anteil hat. Die Ergebnisse der Studie zeigen unter anderem Art und Grad der politischen Beteiligung und geben Auskunft darüber, was junge Menschen über Politik, politische Institutionen und bestimmte politische Themen in den teilnehmenden Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Slowakei, Estland, Finnland und Österreich) denken ([www.sora.at/wahlen/EUYOUPART](http://www.sora.at/wahlen/EUYOUPART)).

European Social Survey (ESS) (2002): Das ESS ist eine soziale Befragung mit dem Hauptziel, die wechselseitigen Interaktionen zwischen den sich wandelnden Institutionen der Länder Europas und den Einstellungen, Glaubens- und Verhaltensmustern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu beschreiben und zu erklären. Es handelt sich dabei um eine Repräsentativbefragung unterschiedlicher Altersgruppen (Jugendliche und Erwachsene) ab dem 15. Lebensjahr. Die erste „Befragungsrunde“ (2002) beinhaltete ein umfangreiches Modul „Citizenship, Involvement and Democracy“, das die Möglichkeiten politischen und sozialen Engagements und andere Formen der Beteiligung untersuchte. Bei der Mitte 2005 abgeschlossenen dritten Befragungsrunde beteiligten sich 20 Länder aus West-, Mittel- und Osteuropa ([www.europeansocialsurvey.org](http://www.europeansocialsurvey.org)).

Bei dem Projekt „Youth Policy and Participation. Potentials of participation and informal learning in young people’s transitions to the labour market. A comparative analysis in ten European regions“ (YOYO) (2001–2004) ist die Ausgangsüberlegung leitend, dass überall in Europa eine „De-Standardisierung“ der Lebensverläufe und der Übergänge junger Menschen in die Arbeitswelt zu beobachten ist, die nicht ohne Konsequenzen für staatsbürgerliches Engagement und Motivation junger Menschen für ein lebenslanges Lernen bleiben dürfte. Daraus wird die Fragestellung abgeleitet, wie sich junge Menschen unter solchen Bedingungen tatsächlich beteiligen und wie sie sich als Bürgerinnen und Bürger ihrer Gesellschaften alternativ beteiligen könnten ([www.iris-egris.de/egris/](http://www.iris-egris.de/egris/)).

Auch die praxisbezogene Forschung liefert wertvolle Erkenntnisse zum Thema Partizipation Jugendlicher in Deutschland:

Zu nennen ist beispielsweise das wiederum im Auftrag vom BMFSFJ durchgeführte Projekt des DJI: „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“. Darin wird untersucht, unter welchen Bedingungen es gelingt, Kinder, Jugendliche und ihre Eltern an Entscheidungen im Kontext erzieherischer Maßnahmen zu beteiligen. Des Weiteren soll das Projekt Erkenntnisse über die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen an der Jugendhilfeplanung sowie in der Jugendarbeit erbringen.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Modellprogramms „Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens“ wurden zwei Expertisen erstellt, die sich speziell mit den Beteiligungsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen sowie von Menschen mit Migrationshintergrund im Hilfeplanverfahren befassen (Hartwig, Luise; Kriener, Martina: Expertise: Geschlechtergerechte Hilfeplanung [§ 36 KJHG]. München: 2004. Kappel, Monika; Straus, Florian; Weierschan, Walter: Expertise: Interkulturelle Aspekte bei der Durchführung des Hilfeplanverfahrens. München: 2004).

In einer Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG), die vom DJI in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und dem Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) durchgeführt wird, wird im Längsschnitt untersucht, welche Mitwirkungsmöglichkeiten Schülerinnen und Schüler in der Entstehungsphase von ganztägigen Schulangeboten und in der dazu notwendigen Entwicklungsarbeit haben. Darüber hinaus werden die Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen bzw. Schülern und Eltern bei der aktiven Mitgestaltung des Ganztagsbetriebes im Schulalltag systematisch analysiert (<http://www.dji.de/steg>).

Partizipation ist auch Thema im DJI-Projekt „Ergebnisse und Wirkungen der Bundesinitiative „wir...hier und jetzt“, die ebenfalls vom BMFSFJ finanziert wird. Die auf die neuen Bundesländer bezogene Bundesinitiative „wir...hier und jetzt“ wurde im Jahre 2004 an der DJI-Außenstelle Halle ausgewertet (vgl. dazu die Broschüre „Jugendliche engagieren sich für ihre Region“, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut e. V. 2005).

Ferner ist auf einige markante Beispiele der wissenschaftlichen Begleitung von Programmen und Praxisprojekten zum Themenbereich Partizipation hinzuweisen:

In 2003 wurde das Programm „Politische Bildung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) außerhalb von Jugendverbänden“ von externer Seite evaluiert. Im Auftrag des BMFSFJ und unter wissenschaftlicher Leitung der Fachhochschule Darmstadt (Fachbereich Sozialpädagogik) wurde eine systematische Bestandsaufnahme der Maßnahmen im Förderschwerpunkt erarbeitet und dazu Einrichtungen sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragt. Die Untersuchung von Trägern und Maßnahmen erbrachte einen Überblick über Wirkung und Erfolg der geförderten Veranstaltungen und Institutionen. Insbesondere wies sie nach, dass die politische Jugendbildung in Deutschland dauerhaft und innovativ zur Ausbildung einer partizipativen, demokratischen Lernkultur beiträgt. Sie beschäftigt sich damit, wie man die drei wesentlichen Teilziele erreicht, nämlich Wissen vermittelt, Urteil bilden ermöglicht und zur Mitwirkung anregt (s. Schröder u. a.: Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand – Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation, Weinheim und München 2004).

Ziel des Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) ist die Förderung demokratischer Handlungskompetenz von Schülerinnen und Schülern und einer demokratischen Schulkultur.

„Demokratie lernen und leben“ ist als innovatives Schulentwicklungsprogramm konzipiert, das Aspekte der Schulentwicklung mit der Förderung demokratischer Kultur unter Einbeziehung des sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes von Schulen und Schülern verbindet. Vor allem soll das Programm durch die Demokratisierung von



Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern. Es ist auch eine Antwort auf Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Um im Sinne einer breiten Transferwirkung auch Schulen, Schüler, Lehrer und Eltern, die nicht unmittelbar am Programm teilnehmen, an den Informationen und Erkenntnissen des Programms partizipieren lassen zu können, ist eine entsprechende Internetstruktur eingerichtet worden. Zur Verstetigung und Verbreitung sollen auch die Fortbildung von Multiplikatoren und die Einbeziehung der Landesinstitute beitragen. Beteiligt sind 180 Schulen in 13 von 16 Bundesländern. Das Programm hat eine Laufzeit von 2002 bis 2007 ([www.blk-demokratie.de](http://www.blk-demokratie.de)).

Das von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) geförderte Projekt „Demokratie leben lernen“ hat sich zum Ziel gesetzt herauszufinden, ob und wie im Einzelnen der Lebensweg von Kindern im Sinne einer Unterstützung bei der Entwicklung demokratischer Verhaltensfähigkeiten von einer entsprechenden Pädagogik begleitet wird und welche pädagogischen Weiterentwicklungen notwendig sind. Dies soll an Hand von explorativen Einzelstudien herausgefunden werden.

Erkenntnis leitend ist die Annahme, dass die Friedensfähigkeit von Demokratien unter anderem auch davon bestimmt wird, wie im Verlauf der Sozialisation die Fähigkeit an die nachwachsenden Generationen vermittelt wird, Konflikte demokratisch auszutragen. Zu den dabei relevanten Forschungsfeldern gehören sowohl die Bereiche, in denen grundlegende Fähigkeiten demokratischen Handelns hergestellt, herausgebildet und gefördert werden können, als auch die Bereiche, in denen demokratisches Probehandeln in alltäglichen Konfliktsituationen möglich ist. Dies betrifft demokratisch organisierte Formen der Selbstverwaltung in öffentlichen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendparlamente und andere Lernmodelle von „Räumen“, in denen eigene Konfliktlösungsstrategien entwickelt bzw. erprobt werden können. In einer ersten Teilstudie dienten öffentliche Spielräume als Untersuchungsfeld für demokratische Erfahrungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.

Gefragt wurde nach den Auswirkungen von Interessengegensätzen zwischen Kindern und Erwachsenen und den angebotenen Möglichkeiten ihres Aushandelns in der Kommunalpolitik. Hier kamen vor allem qualitative Methoden der Sozialforschung zum Einsatz (Interview und Beobachtung). Die Teilstudie ist inzwischen abgeschlossen. In einer zweiten Teilstudie werden im Rahmen eines Fortbildungsstudien-Settings (Kombination von Fortbildungsmethoden mit Forschungselementen) mit Pädagoginnen und Pädagogen Antworten darauf gesucht, welche Voraussetzungen und Grenzen in Bildungsinstitutionen maßgeblich darüber entscheiden, ob und wie Interessenkonflikte zwischen Erwachsenen und Kindern sich entwickeln und lösen lassen. In einer dritten Teilstudie wird empirisch untersucht, welche Erfahrungen Kinder mit Interessengegensätzen in ihrer alltäglichen Lebenswelt machen ([www.hsfk.de/downloads/rep0301.pdf](http://www.hsfk.de/downloads/rep0301.pdf)).

Das Sozialpädagogische Forschungsinstitut (SPI) des SOS-Kinderdorf e. V. führt gegenwärtig gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH) und der Fachhochschule Landshut ein Praxisforschungsprojekt zur Qualitätsentwicklung in der stationären Jugendhilfe durch, in dem die Beteiligung von Jugendlichen im Zentrum der Aktivitäten steht ([www.fh-landshut.de/q4c/](http://www.fh-landshut.de/q4c/)).



## IV.

### Modalitäten der Konsultierung Jugendlicher betreffend die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen und der Ausarbeitung des Berichts

Um zu erfahren, welche Ideen und Vorstellungen junge Menschen haben und was sie bewegt, müssen sie sich selbst einbringen. Sie sind die besten Botschafter ihrer selbst. Es liegen in der Bundesrepublik Deutschland vielfältige positive Erfahrungen in der Direktansprache von jungen Menschen vor, so z. B. auch in den in Kapitel 2 dargestellten Aktivitäten, von denen viele – sei es explizit oder implizit – Konsultations- und Beteiligungsverfahren zu den gemeinsamen Zielsetzungen der Priorität Partizipation für junge Menschen beinhalten.

#### **a) Modalitäten der Konsultierung Jugendlicher betreffend die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen**

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, hat die Deutsche Nationalagentur „JUGEND“ für die Umsetzung des Europäischen Jugendprogramms gemeinsam mit weiteren Partnern vom 7.–10. April 2005 unter dem Titel „Please do disturb“ eine europäische Konferenz zum Thema Beteiligung veranstaltet, die einen engen Bezug zu den gemeinsamen Zielsetzungen im Bereich Partizipation hatte. Die Teilnehmenden – Vertreterinnen und Vertreter aus Jugendorganisationen, nicht organisierte Jugendliche sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter – erörterten die Frage, wie junge Menschen noch stärker am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligt werden können. In der abschließend erarbeiteten Erklärung – der „Hanover Declaration on Youth Participation“ – werden vor allem Vorschläge zu mehr Beteiligung im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeldes, im Bereich der repräsentativen Demokratie sowie im Bereich des Erwerbs von partizipativer Handlungskompetenz formuliert ([www.pdd.youthinaction.de/.../common/download.php/298/Hanover%20Declaration%20on%20Youth%20Participation.pdf](http://www.pdd.youthinaction.de/.../common/download.php/298/Hanover%20Declaration%20on%20Youth%20Participation.pdf)).

Während des 4. Forums zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik, das vom 27.–28. September 2005 stattfand und gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) und der Deutschen Nationalagentur „JUGEND“ veranstaltet wurde, stand neben dem Europäischen Pakt für die Jugend das Thema „Offene Methode der Koordinierung“ im Mittelpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung. Die Tagung bot Akteuren der kommunalen, regionalen und nationalen Jugendpolitik und interessierten Jugendlichen die Gelegenheit, sich über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu informieren und auszutauschen.

## **b) Modalitäten der Konsultierung Jugendlicher die Ausarbeitung des Berichts betreffend**

Die Bundesregierung hat den zu erstellenden nationalen Fortschrittsbericht zum Anlass genommen, unter Verweis darauf vom 28. 9. – 12. 10. 2005 eine Online-Umfrage Jugendlicher zum Thema Partizipation auf [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de) durchzuführen. Wie sehr interessieren sich Jugendliche für Politik? Wie steht es um ihre politische Aktivität? Diese Fragen wurden gestellt, um Jugendliche direkt zu ihrer Einstellung zu politischer Beteiligung zu befragen. Die Umfrage ergab: Jugendliche möchten sich politisch engagieren.

Über 340 Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten sich den Fragen. Die größte Gruppe der Befragten bilden die 16- bis 20-jährigen, wobei Jungen und Mädchen über die Altersgruppen hinweg relativ ausgeglichen verteilt sind. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Vor allem jene Jugendliche nahmen an der Befragung teil, die sich gezielt für Politik interessieren und regelmäßig die Website [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de) und ähnliche Jugendwebsites besuchen. Im Ergebnis der Umfrage zeigt sich, dass diese Jugendlichen großes politisches Interesse haben. So gingen zum Beispiel 94,9% der Befragten zur Bundestagswahl 2005 an die Urnen.

Viele der Befragten zeigen besonders großes Interesse, sich in ihrem direkten Lebensumfeld politisch zu beteiligen. Dabei fällt auf, dass Jungen der Politik mehr Beachtung schenken als Mädchen. 58,4% der männlichen Jugendlichen gaben an, politisch aktiv zu sein. Bei den weiblichen Jugendlichen waren es hingegen nur 32,7%. Bildung und politisches Interesse hängen eng zusammen: Die Auswertung macht deutlich, dass mit steigendem Bildungsgrad und Alter der Jugendlichen ihr Interesse an Information über Politik und deren Verständnis wächst. Ein Blick auf die formale Bildung der Befragten unterstreicht diese These. 47% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer machen gerade Abitur und 31% befinden sich bereits im Studium.

Als Informationsquelle Nr. 1 in Sachen Politik geben die Befragten Zeitungen und Zeitschriften an. Die Printmedien rangieren weit vor dem Internet, Fernsehen und dem Freundeskreis bzw. den Eltern. Allerdings geben 60% der Befragten an, nicht genügend informiert zu sein. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund würden gern mehr über Politik und Beteiligungsmöglichkeiten durch die Schule oder das Internet vermittelt bekommen.

Folgenden Dachorganisationen der Jugendverbandsarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe wurde Gelegenheit gegeben, sich mit Beiträgen in die Erstellung des Berichts „Partizipation der Jugendlichen“ einzubringen:

- der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) als Arbeitsgemeinschaft der bundesweit tätigen Jugendverbände,
- der Ring politischer Jugend (RPJ) als Zusammenschluss der parteipolitischen Jugendverbände,
- die Deutsche Sportjugend (dsj),
- die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) als bundesweiter Zusammenschluss der Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Deutschland.

# V.

## Schwierigkeiten in der Umsetzung der Zielsetzungen und Aktionslinien auf nationaler Ebene

Partizipation ist ein wichtiges jugendpolitisches Thema auf regionaler und kommunaler Ebene sowie auf Bundesebene. Häufig fehlt jedoch die direkte Anknüpfung an die – für lokale Akteure noch relativ unübersichtlich erscheinenden – europäischen Prozesse im Jugendbereich. Dies ist zum Teil mit darauf zurück zu führen, dass der Bund im Jugendbereich im Wesentlichen über eine Anregungskompetenz verfügt, während die Steuerungsentscheidungen auf den anderen föderalen Ebenen zu treffen sind.

Eine große Herausforderung liegt – auch nach Auffassung des ständigen Beratungsgremiums der Bundesregierung in europapolitischen Jugendfragen (der in Kapitel I erwähnten Task-Force für europäische Jugendpolitik) – darin, das Thema „Partizipation“ als explizit europäischen Schwerpunkt der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich noch stärker auch auf der kommunalen Ebene zu verankern. Einerseits hat zwar die Offene Methode der Koordinierung die fachpolitische Auseinandersetzung über das Thema Jugendpartizipation beflügelt und zu Synergieeffekten geführt. Andererseits ist nach wie vor das regionale und vor allem das lokale Wissen über Verfahren, Nutzen und Fortgang der OMK in Deutschland zu gering. Es kommt hinzu, dass die Agenda der „Europäischen Jugendpolitik“ mit dem „Europäischen Pakt für die Jugend“ noch umfangreicher geworden ist. Für eine jugendgerechte Vermittlung von OMK und Europäischem Pakt für die Jugend bedarf es daher noch wesentlich mehr Zeit.



Es wird daher in Zukunft noch stärker darum gehen, z. B. durch Informationskampagnen, auf die auf der EU-Ebene beschlossenen gemeinsamen Zielsetzungen aufmerksam zu machen und auf nationaler, Länder- und kommunaler Ebene dafür zu werben, dass diese im Sinne einer anzustrebenden fest verankerten Partizipationskultur junger Menschen umgesetzt werden. Partizipation braucht Zeit und Kontinuität. Die Offene Methode der Koordinierung ist ein langfristig angelegter Prozess und gerade die Partizipationsförderung von jungen Menschen innerhalb und außerhalb von verbandlichen Strukturen braucht immer wieder neue attraktive, zielgruppenorientierte und konkrete Ansätze und daher besonders viel Zeit. Dies schließt eine regelmäßige Beobachtung und Einschätzung des Prozesses mit seinen Fortschritten und Hemmnissen ein.

Nötig ist, eine noch stärkere Mitwirkung bei der Umsetzung der OMK-Zielsetzungen auf regionaler und kommunaler Ebene zu entwickeln. Die Bundesregierung prüft daher derzeit – fachlich begleitet durch die erwähnte Task-Force – wie der Informationsfluss in Bezug auf OMK und die nationale Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend weiter intensiviert werden kann. Zur Intensivierung des Informationsflusses zwischen allen Ebenen könnten z. B. vermehrt auch nationale Konferenzen zur Entwicklung eines abgestimmten Aktionsrahmens sowie regionale Konferenzen zur Auswertung der Umsetzung durchgeführt oder angeregt werden. Die Bundesregierung stimmt sich dabei insbesondere auch mit den 16 Bundesländern und der kommunalen Ebene ab und wahrt das geltende Prinzip der Subsidiarität. Sie versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Städte, Landkreise und Gemeinden zu ermutigen, sich künftig noch aktiver mit eigenen Vorschlägen und Anliegen in die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich – insbesondere im Handlungsfeld Partizipation – einzubringen.

Die OMK im Jugendbereich kann in föderalen politischen Systemen wie dem der Bundesrepublik Deutschland nur erfolgreich sein, wenn sie nicht als „Top-down-Verfahren“ verstanden wird. Vielmehr wird langfristig ein wechselseitiger Kommunikationsprozess angestrebt. Auch und gerade für die örtliche Basis gilt es, Maßnahmen zu initiieren und beste Praxis-Beispiele national und im europäischen Raum bekannt zu machen. Dies setzt aber zeitliche Spielräume voraus, die es zulassen, die örtliche Ebene noch stärker als bisher einzubinden. Es müssten aus Sicht der Kommunen künftig noch mehr Wege gefunden werden, den nötigen Aufwand und sichtbaren Ertrag der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich in ein ausgewogeneres Verhältnis zu bringen.

# VI.

## Festgestellte und erwartete Auswirkungen

Schon lange vor der EU-Ratsentschließung vom 25. 11. 2003 über gemeinsame europäische Zielsetzungen im Handlungsfeld Partizipation wurde in Deutschland diesem Bereich von politischer Seite, aber auch von Seiten der Jugendhilfe und der Schule große Aufmerksamkeit geschenkt.

Dieser Umstand erschwert einerseits die Einschätzung, was an Partizipationsmöglichkeiten und Partizipationsstrukturen in Folge der Impulse von der europäischen Ebene seither hinzugekommen ist. Andererseits liegt es nahe, dass die gemeinsamen europäischen Zielsetzungen und ihre Thematisierung auf den unterschiedlichen Ebenen zur Weiterentwicklung der vorhandenen Partizipationskultur beigetragen haben. Die Jugendexpertinnen und -experten der an anderer Stelle erwähnten Task-Force kamen in einer vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten Einzelbefragung im Jahr 2005 nahezu einheitlich zu der Einschätzung, dass die Anwendung der Offenen Methode der Koordinierung den vielfachen Initiativen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, den Partizipationsgedanken mit Leben zu erfüllen, zusätzlichen Auftrieb gegeben hat.

Die Bundesregierung hat in ihrer Arbeit für und mit Jugendlichen einen Paradigmenwechsel eingeleitet, weg von der reinen Arbeit mit Fachorganisationen und Verbänden, hin zu einer direkten Ansprache von Jugendlichen und zur Einbindung von Jugendlichen in konkrete politische Vorhaben auf Bundesebene. Zu nennen ist „Projekt P – misch dich ein“ und in diesem Zusammenhang die Beteiligung am „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010“. Dieser Weg wird weiter beschritten.

## VII.

### Hinweis darauf, welche Aktionslinien mehr bzw. weniger nützlich waren, welche schwieriger bzw. einfacher anzuwenden waren sowie Vorschläge, welche Aktionslinien hinzugefügt, weggelassen oder geändert werden sollten

Die Aktionslinien sind in ihrer derzeitigen Gestalt hilfreich, weil sie die relativ abstrakten Zielsetzungen operationalisieren und somit die Orientierung im komplexen Feld der Jugendpartizipation erleichtern. Für eine endgültige Einschätzung ihres Nutzens ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh. Aus Sicht der Bundesregierung könnte das Feld der „Partizipation durch politische Bildung“ künftig noch stärker hervorgehoben werden. Zudem ist die direkte Ansprache von Jugendlichen und die Beteiligung an politischen Projekten auf Bundesebene ein innovativer Weg, der stärker verfolgt wird.

Bei der zukünftigen Formulierung der Aktionslinien könnte außerdem eine stärkere Gewichtung auf die europäische Dimension von Partizipation gelegt werden und die Bedeutung von Partizipation bei der Herausbildung und Förderung der europäischen Bürgergesellschaft hervorgehoben werden.

Die Förderung und Ermöglichung von partizipativer Handlungskompetenz junger Menschen im nationalen Rahmen legt die Grundlagen für eine aktive Bürgergesellschaft. Im europäischen Kontext kommen besondere Herausforderungen hinzu. Das weiterhin geringe Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die Europäische Union, die geringe Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament 2005 – insbesondere auch der jungen Menschen –, der negative Ausgang der Referenden zum EU-Verfassungsentwurf sowie die sinkenden Zustimmungswerte bei Meinungsumfragen zur EU zeigen, dass die europäische Politik noch zu weit von einer aktiven Unterstützung durch die Bevölkerung und der nachwachsenden Generation entfernt ist.

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der EU und deren Rückbindung an die Bevölkerung ist es deshalb wichtig zu klären, welchen Beitrag die europäische Jugendpolitik und insbesondere die gemeinsame Zielsetzung Partizipation für die Herausbildung einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft leisten kann.

Im Hinblick auf die europäische Dimension der Partizipation besteht ein grundlegender Bedarf an Daten und Erkenntnissen im Bereich der Jugendforschung. Für ein besseres Verständnis und eine bessere Kenntnis der Jugendlichen ist daher die Forschung und Begleitevaluierung zu den gemeinsamen Zielsetzungen weiter zu stärken.

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

**Stand:**

März 2006

**Gestaltung:**

KIWI GmbH, Osnabrück

Für weitere Fragen nutzen Sie unser  
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50\*  
Fax: 0 18 88/5 55 44 00  
Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

\* nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,  
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute